Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2738**

16. Wahlperiode 26. 09. 2006

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Pieper, Uwe Barth, Miriam Gruß, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/386 –

Voraussetzungen für Entwicklung, Bau und Betrieb einer Europäischen Spallations-Neutronenquelle in Deutschland schaffen – Deutsche Bewerbung vorantreiben

A. Problem

Die Europäische Spallations-Neutronenquelle (ESS) wird als unverzichtbares Großgerät zur Erforschung der atomaren und molekularen Struktur der Materie angesehen. Mit einer Standortbewerbung wird Deutschland seiner Verantwortung für die in der Lissabon-Strategie festgelegten forschungspolitischen Ziele Europas gerecht.

Von einer Ansiedlung in Deutschland – möglichst in den neuen Bundesländern – werden positive Effekte auf die nationale natur- und technikwissenschaftliche Forschung erwartet sowie wichtige Impulse für die regionale Infrastruktur, Wirtschaft und Arbeitsmarkt gesetzt.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird aufgefordert, mit einem Bündel von Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene Zeichen für die Unterstützung der Bewerbung Deutschlands um den Standort der ESS zu setzen und die Voraussetzungen für die Entwicklung, den Bau und Betrieb des Großgerätes zu schaffen.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/386 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/386 abzulehnen.

Berlin, den 31. Mai 2006

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt Vorsitzende	**Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)** Berichterstatter	**Jörg Tauss** Berichterstatter	**Cornelia Pieper** Berichterstatterin
	Dr. Petra Sitte Berichterstatterin	**Krista Sager** Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Jörg Tauss, Cornelia Pieper, Dr. Petra Sitte und Krista Sager

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/386** in seiner 32. Sitzung am 6. April 2006 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Fraktion der FDP würde Deutschland mit der Ansiedlung einer Europäischen Spallations-Neutronenquelle (ESS) einen wesentlichen Beitrag zum Erreichen der auf der Ratstagung der EU am 24. März 2000 in Lissabon formulierten forschungspolitischen Ziele leisten. Eine leistungsstarke Neutronenquelle ermöglicht wesentliche neue Einblicke in die molekulare Struktur der Materie und eröffnet mehreren tausend Wissenschaftlern pro Jahr neue Forschungsmöglichkeiten.

Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Infrastruktur der Standortregion erhalten wertvolle Wachstumsimpulse während der langjährigen Betriebszeit des Großgerätes. Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt halten ihre Bewerbungen um den Standort der ESS aufrecht. Im Koalitionsvertrag wurde der Wille bekräftigt, in Ostdeutschland eine neue Großforschungseinrichtung anzusiedeln.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, die deutsche Bewerbung gegenüber der EU zu bekräftigen und auf nationaler Ebene die Voraussetzungen für die Entwicklung, den Bau und Betrieb der ESS zu schaffen.

Im Einzelnen soll

- der Wissenschaftsrat zu einem zweiten Begutachtungsverfahren aufgefordert werden,
- der Deutsche Bundestag angemessen und zeitnah an den Informations- und Entscheidungsprozessen beteiligt werden,
- den Forschungseinrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft freigestellt werden, die Bewerbungen der Bundesländer wissenschaftlich zu begleiten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der mitberatende **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** und der **Haushaltsausschuss** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/386 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 16/386 in seiner 12. Sitzung am 31. Mai 2006 beraten und empfiehlt:

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird ausgeführt, dass die Ausstattung Deutschlands mit Forschungseinrichtungen ausreichend sei und es andere Prioritäten bei der zusätzlichen Einrichtung von Großgeräten gebe. Zudem gebe es die Notwendigkeit, im Bundeshaushalt Einsparungen vorzunehmen. Vor diesem Hintergrund sollten die laufenden Projekte vorangetrieben und die Marktentwicklung abgewartet werden. Daher werde der Antrag abgelehnt.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird die Finanzierung als Hauptproblem hervorgehoben. Für die Annahme der Antragstellerin, dass die EU Mittel für die Großforschungseinrichtung zur Verfügung stellen werde, gebe es keine Hinweise. Es sei deshalb erforderlich, die laufenden Großprojekte zu unterstützen. Der Wissenschaftsrat habe im Übrigen der Förderung anderer strategischer Schwerpunkte den Vorzug gegeben.

Die Fraktion der SPD halte die Einrichtung der ESS in Deutschland zurzeit nicht für realisierbar und lehne daher den Antrag ab.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wird an das Megascience-Forum der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erinnert, das 1998 den Bau von Spallations-Neutronenquellen im Megawattbereich in Asien, Amerika und Europa empfohlen habe. Dieser Empfehlung sei Deutschland beim OECD-Ministertreffen 1999 gefolgt.

In Deutschland lägen die Bewerbungen der Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt vor. Im Zuge der Evaluierung der ESS habe der Wissenschaftsrat das Projekt auf eine Warteliste gesetzt. Man wisse aber, dass er bereit sei, auf Antrag der Bundesländer und auf Initiative der Bundesregierung eine neue Evaluierung durchzuführen. Die Fraktion der FDP plädiere dafür, dass die Bundesregierung das Großgerät im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms unterstützt. Der Vorwurf, dass das Projekt zu teuer und nicht finanzierbar sei, sei nicht haltbar, wenn gleichzeitig ein 6 Mrd. Euro teures Innovationsprogramm auf den Weg gebracht werde und darüber hinaus auch das Drei-Prozent-Ziel im Rahmen der Lissabon-Strategie erreicht werden solle.

Unter finanziellen Gesichtspunkten sei die Einrichtung realisierbar. Von den erforderlichen 900 Mio. Euro müsste die Hälfte von Deutschland aufgebracht werden. Es wären mindestens zwei Bundesländer beteiligt, so dass der Bund 250 bis 300 Mio. Euro finanzieren müsse. Die ESS sei unter den ersten sieben Projekten des 7. EU-Forschungsrahmenpro-

gramms angesiedelt, und diese würden meist mit EU-Mitteln gefördert.

Der Koalitionsvertrag sähe die Ansiedlung einer Großforschungseinrichtung in den neuen Bundesländern vor. Sie bitte deshalb vor diesem Hintergrund, noch einmal über die Realisierung des Projekts nachzudenken, insbesondere weil eine Ansiedlung den regionalen Strukturen zugute käme.

Es wird an die Aussage der Bundesministerin Dr. Annette Schavan im Ausschuss erinnert, wonach sie eine Bewerbung Deutschlands für möglich halte. Es wird gefragt, ob die Aussage der Bundesregierung aufrechterhalten werde.

Von Seiten der **Fraktion DIE LINKE.** wird auf die Feststellung des Wissenschaftsrates im Jahr 2002 hingewiesen, dass eine Ansiedlung der Neutronenquelle für den Wissenschaftsstandort Deutschland eine eher geringere Bedeutung habe und die bisherige Deckung des deutschen Bedarfs an Neutronenquellen der oberen Leistungsklasse durch eine europäische Neutronenquelle mit Sitz in Frankreich nicht zu strukturellen Nachteilen für die deutsche Neutronenforschung geführt habe. Darüber hinaus könnten deutsche Forscher alternative Möglichkeiten in England, in der Schweiz und in Deutschland nutzen.

Die ESS sei nie ein Projekt der EU gewesen. Sie habe lediglich einige Vorarbeiten und Studien finanziert. Das 7. Forschungsrahmenprogramm sei inzwischen festgelegt. Der Bau und Betrieb dieser Quelle sollte einem Konsortium einzelner europäischer Staaten obliegen. Es sei bekannt, dass das spätere Betreiberland erhebliche Mittel für den Bau und Betrieb aufbringen müsste. Angesichts der Summe von 525 Mio. Euro, die beispielsweise Sachsen-Anhalt für den gesamten Bereich Hochschule und Wissenschaft zur Verfügung habe, wäre das Aufbringen der genannten Summe von 300 Mio. Euro völlig illusorisch. Wäre dieses Geld im Bundeshaushalt vorhanden, würde die Fraktion DIE LINKE. es eher in die Bildung und Ausbildung investieren wollen.

Der Wissenschaftsrat habe das Projekt im Kontext anderer Großprojekte geprüft und die Neutronenquellen nur in die dritte von drei Prioritätenklassen gesetzt.

Er habe ein zweites Prüfungsverfahren nicht ausgeschlossen, aber Bedingungen gestellt. Er habe auch verlangt, dass alternative Entwicklungen berücksichtigt werden müssten. Eine Antragstellung auf dieser Grundlage liege bis heute nicht vor. Die in den neunziger Jahren durch das Abschalten älterer Reaktoren entstandene „Neutronenlücke“ sei zwischenzeitlich geschlossen worden. Aus diesem Grunde bestehe nicht die Notwendigkeit, das Projekt jetzt zu beginnen.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird der Überlegung zugestimmt, dass Großprojekte Kristallisationspunkte auch für die Regionalentwicklung in den neuen Bundesländern werden könnten. Hinsichtlich der Ansiedlung einer Spallations-Neutronenquelle müssten aber die getroffenen Entscheidungen akzeptiert werden. Der Wissenschaftsrat habe 2002 das größere Potential im Synchrotonstrahlungsprojekt und im Röntgenlaser XFEL gesehen. Der Röntgenlaser sei ebenso wie das internationale Beschleunigerzentrum für die Forschung mit Ionen- und Antiprotonenstrahlen (FAIR) ein Projekt von europäischer Dimension. Hier werde die Chance einer Mitfinanzierung durch die EU gesehen und nicht bei Projekten, denen kein Vorrang eingeräumt worden sei.

Von Seiten der **Bundesregierung** wird davon ausgegangen, dass die EU keine wesentliche Rolle bei der Finanzierung und Standortentscheidung spielen werde. Der Standort müsse unter den interessierten Partnern verhandelt werden, und das Sitzland werde einen wesentlichen Finanzierungsanteil tragen müssen.

Berlin, den 31. Mai 2006

Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Berichterstatter

Jörg Tauss
Berichterstatter

Cornelia Pieper
Berichterstatterin

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Krista Sager
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333